

die wechselseitige Achtung und Wahrung der Eigentums- und Vermögenspositionen auch in Form der Äquivalenzgarantie in den Währungsbeziehungen. Da die Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit eine offene Organisation ist, die dem Beitritt auch anderer Staaten bei Einverständnis aller Mitgliedsländer zugänglich ist und darüber hinaus die Möglichkeit bietet, daß sich auch Nichtmitglieder der Bank als Verrechnungszentrum auf der Basis des wertbeständigen transferablen Rubels bedienen,⁶⁴ bildet sie ein Instrument zuverlässiger internationaler Währungssicherung, dessen Bedeutung weit über den Kreis der unmittelbar beteiligten Länder hinausgeht und zugleich neuen Prinzipien des internationalen Währungsrechts den Weg ebnet.

⁶⁴ Vgl. Art. 14 des Statuts der IBWZ.

Dokumente

Zur westdeutschen Gesetzgebung auf dem Gebiet des Fideikommiß- und Stiftungsrechts

Am 3. August 1967 hat der westdeutsche Bundestag das „Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Fideikommiß- und Stiftungsrechts“ erlassen. Mit ihm soll die Praxis „legalisiert“ werden, entgegen Völkerrecht und Recht anderer Staaten über Stiftungen entscheiden zu können, die ihren Sitz außerhalb des Staatsgebietes Westdeutschlands haben. Diese völkerrechtswidrigen, juristisch aggressiven Machenschaften sind auf starken internationalen Widerstand gestoßen. Er findet auch in einer Reihe von Dokumenten Ausdruck, die wir nachstehend veröffentlichen:

— Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik,

— Erklärung und Gutachten von Wissenschaftlern der DDR, UdSSR, CSSR und VR Polen,

— Gutachten von OLGR Dr. Hans Köhler, Wien,

— Rechtsgutachten des Präsidiums des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Redaktion

Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Seit Jahren wird die westdeutsche Gesetzgebung in ständig steigendem Maße in den Dienst der aggressiven und revanchistischen Politik der herrschenden Kreise Westdeutschlands gestellt. In der Verfolgung ihrer Politik, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen und erneut ein imperialistisches Großdeutschland zu schaffen, werden in der westdeutschen Bundesrepublik Gesetze erlassen, die eine juristische Vorwegnahme der geplanten Annexion bedeuten.

Die in Gesetzesform gekleideten Unrechtsakte sind Ausdruck der völkerrechtswidrigen Alleinvertretungsmaßnahme der Bundesrepublik und machen deutlich, daß sich hinter der sogenannten „neuen Ostpolitik“ sowie der sogenannten „europäischen Friedensordnung“ aggressive Bestrebungen verbergen.